

# GRÜNES BLATT

## BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN BRÜGGEN

**BRACHTER 900 JAHRE WALD REPORT**  
SEITE 2

**MIETSPIEGEL FÜR BRÜGGEN?**  
SEITE 4

**UNSER WASSER - FAKTENCHECK**  
SEITE 6

**KLIMANOTSTAND - JA ODER NEIN?**  
SEITE 10

**HEIMATRÄTSEL**  
SEITE 12



FOTO: M. WEHLINGS

## GRUSSWORT

### Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger!

Das erste Grüne Blatt erschien 2012. Seitdem haben wir unser Layout nicht verändert. So erreichten wir über die Jahre einen hohen Wiedererkennungswert und durften erleben, wie unser Grünes Blatt in der Bürgerschaft immer beliebter wurde. Wir hielten es für angebracht, unsere Zeitung ein wenig moderner, bunter und noch informativer zu gestalten. Neben den klassischen lokalen Inhalten, gehen wir auch auf Themen aus der Landes- und Bundespolitik ein und stellen uns gesellschaftlichen Diskussionen, ohne dabei den regionalen Bezug zu verlieren. Auf Vertrautes wollen wir aber nicht verzichten. So finden Sie am Ende unser allseits bekanntes Heimaträtzel wieder.

Als wir die aktuelle Ausgabe entwickelten, konnten wir nicht ahnen, welche Krise auf uns zusteuert. Corona war zu diesem Zeitpunkt nur ein „Rand“-Thema. Mittlerweile hat es uns vollständig eingeholt und unsere Mitglieder im Ortsverband ebenso getroffen, wie jeden anderen in Deutschland auch. Mit Sorgfalt und Umsicht haben wir überlegt, wie

und wann wir Ihnen unsere Ausgabe in die Hand geben können. Dabei stand der Schutz aller Menschen im Vordergrund. Sollten Sie also erst viel später diese Ausgabe in den Händen halten, so liegt es auch daran, dass wir zu keiner Zeit Menschen in Gefahr bringen wollten. Wir freuen uns nun, Ihnen die neuste Ausgabe des Grünen Blatt präsentieren zu können.

Wir wünschen Ihnen beim Lesen dieser neuen Ausgabe viel Spaß. Doch vor allem wünschen wir Ihnen viel Gesundheit. Vielleicht begegnen wir uns im Moment nicht auf der Straße oder beim Einzelhändler um die Ecke. Doch wir sind nicht aus der Welt. Wenn Sie möchten, schreiben Sie uns per Mail oder per Karte Ihre Erfahrungen und Einschätzungen, die Sie während der Corona Krise gesammelt haben oder noch sammeln. Wir würden uns freuen, von Ihnen zu hören.

Mit freundlichen Grüßen  
**Thomas Overbeck**



Foto: Bündnis 90/Die Grünen Brüggens, aufgenommen vor der Corona-Krise.



### Impressum

Bündnis 90/Die Grünen Brüggens

Verantwortlich:  
Thomas Overbeck  
Wevelinghofer Str. 58  
41334 Netetal  
t.overbeck@gruenebrueggen.de

Für den redaktionellen Inhalt sind ausschließlich die namentlich benannten AutorInnen verantwortlich.



Im Süden Brachts befindet sich ein Wald der fernen Zukunft. Aus Anlass der 900-Jahrfeier stellte die Gemeinde zwischen Gartenstraße und Alster Kirchweg ein rund 9.000 m<sup>2</sup> großes Grundstück zur Verfügung, auf das am 29.10.2016 Baumpaten ihre 900 Bäume pflanzten. Der neue Wald sollte dabei künftig als

# BRACHTER 900 JAHRE WALD REPORT



Ausgleichsfläche für Versiegelungen beim Straßen- und Hausbau innerhalb der Gemeinde dienen. René Bongartz hatte die symbolträchtige Aktion seinerzeit ins Leben gerufen.

Wie schwierig es ist, einen Wald zu pflanzen und die Baumschösslinge dann durchzubringen, zeigen die Gießaktionen im Jahr 2017, als insgesamt 250.000 Liter Wasser eingebracht werden mussten. Dafür stand die Gemeinde mit einer finanziellen Entschädigung ein. Trotzdem sind viele Verluste zu beklagen. Im letztjährigen Dürresommer vertrockneten zusätzlich junge Eichen. Wie verheerend sich überflüssiges Mähen und Unkrautvertilgung während der Dürre- und Hitzeperiode 2019 auswirkte, zeigt die Abbildung. Dieses vertrocknete Bäumchen und viele seiner Art sind für die wichtige Aufgabe der Kompensation für zugestellte Ortskerne, abgesägte Bäume und Schottergärten in der Burggemeinde für immer verloren.

Viele Jungbäume haben dank der Gräser, Gewürz- und Heilkräuter, die leider immer noch als Unkraut bezeichnet werden, überlebt und wir können nur hoffen, dass sie eines Tages eine mächtige Stieleiche, Esskastanie, Wildkirsche, Rotbuche, Walnuss oder Winterlinde werden.



Aufnahme eines vertrockneten Jungbaums aus dem 900 Jahre Wald im Jahr 2019



Jungbäume umgeben von schützendem „Unkraut“

Doch sprechen wir über das Kompensationspotential des 900-Jahre-Waldes zum jetzigen Zeitpunkt, und sprechen wir über Kompensation für all die gefälltten Bäume in der Burggemeinde nur in den vergangenen 3 Jahren. Ein Jungbaum kann noch nichts kompensieren. Er ist auf unsere Pflege und Hilfe angewiesen. Das Handelsblatt trifft folgende Aussage: 80 Bäume sind zu pflanzen, um jährlich eine Tonne CO<sub>2</sub> zu kompensieren und diese Bäume müssen in 1,30 Meter Höhe einen Stammdurchmesser von 30 cm haben. Erst mit zunehmendem Alter wird vermehrt CO<sub>2</sub> gebunden.

So gut und so wichtig die Pflanzung von 900 Bäumen aus Anlass der Brachter 900 Jahrfeier auch war, im Moment kompensieren sie nichts. Hege und Pflege ist angesagt, damit die uns folgende Generation – schön wäre es, wir könnten von Generationen sprechen - einen Vorteil davon haben, für „erwachsene“ Bäume, die wir heute aus unserem Ortsbild entfernt haben.



# BESCHLOSSEN, VERSprochen, GEBROCHEN!



Gegen die Stimmen der Bündnisgrünen entschied der Ausschuss für Natur und Umwelt im Oktober 2018, einen gesunden Lindenbaum an der Lüttelbrachter Straße zu fällen. Ein Anwohner fühlte sich durch die Ausscheidungen von Blattläusen - dem sogenannten Honigtau - belästigt, da der Honigtau sein Auto verschmutzte. Unglaublich, aber wahr!

Weiterhin beschlossen die Ausschussmitglieder, möglichst an der gleichen Stelle eine Neupflanzung erfolgen zu lassen.

Wie das Bild zeigt, ist bis zum heutigen Tag eine Neuanspflanzung nicht erfolgt. Werden so Beschlüsse eines Ratsgremiums von der Verwaltung ignoriert?

## BÄUME GEPFLANZT

Auf Initiative des Borner Ratsmitglieds U. Siebert pflanzte der Bauhof in diesem Frühjahr drei Eichen an einer Zuwegung zum Borner See. Erfreulich auch, dass am Borner Singplatz zwei Bäume gesetzt wurden, um gefälltte Bäume zu ersetzen, die durch einen mutwillig gelegten Brand beschädigt worden waren. Ebenfalls durch Mutwillen war eine junger Baum am Schlehenweg nicht mehr zu retten. Auch hier bemühte sich Herr Siebert erfolgreich um Ersatz.



## TIERHEIM- HUNDE STEUER- FREI

Vor fünf Jahren lehnte der Brüggener Gemeinderat den Antrag ab, Hunde für ein Jahr von der Hundesteuer zu befreien, wenn sie zuvor aus dem Tierheim geholt wurden. Seither führten zahlreiche Städte und Gemeinden diese Hilfe zur Vermittlung von Tierheimhunden ein. **Deshalb haben die Brüggener Grünen ihren Antrag erneut gestellt. Ziel ist es, sowohl die Allgemeinheit von den Kosten für die Unterbringung zu entlasten, als auch den Tieren einen Aufenthalt im Tierheim zu ersparen.** Für den ersten Hund in einem Haushalt fallen in der Burggemeinde 78,00 EUR Hundesteuer pro Jahr an. "Bei jährlichen Kosten von fünfhundert bis tausend Euro für Futter, Ausstattung und Versicherung ist die Steuerersparnis lediglich ein Anerkennungsbetrag", meint Fraktionsvorsitzender René Bongartz, "allein das Wissen darum, dass es die Steuerentlastung gibt, wird aber für viele ein Anreiz für einen Besuch im Tierheim sein."

Offen gehalten wurde im Antrag, für welche Tierheimhunde die Steuerbefreiung gelten soll. Abzuwägen ist, ob nur Tiere aus dem für Brüggen zuständigen Tierheim in Lobberich, aus dem Kreis Viersen, Nordrhein-Westfalen oder ganz Deutschland begünstigt sein sollen. Allein, dass für die Steuerbefreiung ein Beleg des Tierheims vorliegen muss, machen sie zur Vorgabe. Der Gemeinderat hat den Antrag in den Finanzausschuss überwiesen, wo über die Steuerbefreiung voraussichtlich in der nächsten Sitzung entschieden wird.

Immer wieder wird von „bezahlbarem Wohnraum“ gesprochen, ohne dass ein Quadratmeterpreis, der objektiv nachvollziehbar wäre, in der Burggemeinde genannt werden könnte. Wie auch? Im Gegensatz zu unseren Nachbargemeinden verfügt die Gemeinde Brüggen nämlich über keinen qualifizierten Mietspiegel. Wir finden, dass es für Mieter und Vermieter gleichermaßen ein Nachteil ist und dass es nur fair wäre, wenn auch in Brüggen Handlungssicherheit auf Mieter- und Vermieterseite in dieser zugegeben heiklen Frage bestehen würde.

Das Mietrecht in Deutschland ist im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) geregelt. Städte und Gemeinden geben alle zwei Jahre auf freiwilliger Basis einen qualifizierten Mietspiegel, mancherorts auch Mietpreisspiegel genannt, für frei finanzierten Wohnraum heraus. Der letzte Mietspiegel für deutsche Städte und Gemeinden wurde im Jahr 2019 erstellt. Es handelt sich dabei um eine Datensammlung von Merkmalen für Wohnraum wie Baujahr, Lage, Ausstattung usw., die Wohnungen untereinander vergleichbar macht.

Für den Vermieter bildet der Mietspiegel der Gemeinde ein verbindliches Instrument und die rechtliche Grundlage für Mieterhöhungen wegen der Anpassung an die ortsübliche Vergleichsmiete nach BGB § 558. Hat die Miete diese Höhe erreicht, darf der Vermieter nach drei Jahren um 20% erhöhen. Es greift die sogenannte Kappungsgrenze. Ziel dieser Regelung ist die Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum zu angemessenen Bedingungen. Die Mieter erhalten mit dem qualifizierten Mietspiegel ein Kontrollinstrument in die Hand, mit dem sie die Plausibilität einer Mieterhöhung selbst überprüfen können. Diese Orientierungshilfe für beide Seiten wurde von der Burggemeinde Brüggen zuletzt im Jahr 2017 erstellt und ist auf der Homepage der Gemeinde abrufbar. Seitdem hat die Aufwärtsbewegung der Mieten Fahrt aufgenommen. Die weiter



## DA WÄRE NOCH DIE FRAGE NACH EINEM MIETSPIEGEL FÜR DIE GEMEINDE



ansteigenden Bau- und Grundstückspreise erweisen sich als kostentreibender Faktor. In der Burggemeinde zeigt sich jedoch ein verzerrtes Bild, das einem Flickenteppich gleicht.

Während viele real erzielten Mieten über Jahre in einem anachronistischen Tief um die 3,- bis 4,- Euro/m<sup>2</sup> verharrten, was dazu geführt hat, dass notwendige Instandhaltungsarbeiten nicht ausgeführt werden konnten, wurden in einem uns vorliegenden Beispiel bei Verkauf der Immobilien zu inzwischen rasant gestiegenen Preisen die ersten Mieterhöhungen ausgesprochen. Zwangsläufig

werden weitere folgen. Schließlich wollen Immobilieninvestition und Instandsetzung finanziert sein.

Auf der anderen Seite wurden in jüngster Zeit Mietobjekte im Neubau zu Quadratmeterpreisen angeboten, die sogar in Bracht zwischen 9,- Euro und 9,50 Euro/m<sup>2</sup> lagen. Ohne kalte und warme Nebenkosten wohlgemerkt. Diese Preise sind in ihrer Spannweite zum Beispiel vergleichbar mit dem Mietspiegel für Jugendstilaltbauten in Berlin-Charlottenburg mit Stuck, Parkett, handbemalten Jugendstilfenstern und Boulevardflair aus dem Jahr 2019.

## Mietpreise in Bracht wie auf einem Berliner Boulevard 2019

Auch dafür haben wir Belege für eine real vermietete Wohnung mit Balkon im Vorderhaus. Da läuft doch was gewaltig schief! Die Gemeinden sind bei der Aktualisierung ihrer Mietspiegel auf die Zusammenarbeit mit den Eigentümer- und Mieterverbänden angewiesen, die die entsprechenden Daten zur Verfügung stellen. Hier beginnt das Dilemma. Die Datenlage ist in der Burggemeinde vergleichsweise dünn, weshalb Vermieter in einem aufwendigen Verfahren angeschrieben werden mussten. Das hat die Gemeinde seit 2017 eingestellt. Stellt ein Mieter nun eine an ihn gerichtete Mieterhöhung in Frage, so kann sich der Vermieter nicht ohne weiteres auf die Begründung der Anpassung an die ortsübliche Vergleichsmiete geregelt durch das BGB §558 berufen. Denn die wurde ja 2019 nicht mehr ermittelt. Als Folge müssen dem Mieter drei zu dem Zeitpunkt real vermietete Wohnungen genannt werden, in denen der Mietzins der Wunschvorstellung des Vermieters entspricht. Ein Blick in Onlineportale reicht nicht! Und sich zum Beispiel am Berliner Mietspiegel zu orientieren, ist für Brüggen, Bracht und Born ebenfalls unzulässig.

Den Mietern bleibt zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur die Organisation in ihren Interessenorganen, dem Mieterverein Niederrhein in Mönchengladbach. Davon machen in der Burggemeinde bislang wenig Mieter Gebrauch. So aber ließe sich die Datenbasis über tatsächlich gezahlte Mieten in der Gemeinde vergrößern, und die Gemeinde könnte zukünftig wieder mit weniger Aufwand einen Mietspiegel erstellen.

## Lösungen in der Nachbarschaft

Es geht auch anders! Im Jahr 2018 ging zum Beispiel in Viersen in der Oststraße die erste Klimaschutzsiedlung mit 48 Mietwohnungen buchstäblich ans Netz. Die Energie für Heizung und Warmwasser wird ausschließlich aus Solarflächen und Erdwärme gewonnen. Moderne Speichersysteme, Wärmepumpen und Wärmetauscher ergänzen den klimaneutralen Energiemix. Träger ist die Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft eG Viersen mit einem Bestand von über 500 Wohnungen in Viersen.

Die Wohnungsgenossenschaft wurde vor gut 100 Jahren gegründet um die Wohnungsnot der Arbeiter\*Innen in der sich ausweitenden Textilindustrie zu bekämpfen und die Menschen zu Miteigentümern zu machen. Das Genossenschaftswesen wurde inzwischen von der UNESCO als immaterielles Weltkulturerbe anerkannt. 800 Millionen Genossenschaftsmitglieder wohnen in über 100 Ländern der Erde.

Wer in die erste Klimaschutzsiedlung einziehen möchte, wird Mitglied der Genossenschaft und damit Miteigentümer. Es ist keine Kautions- und keine Maklerprovision fällig. Dafür erwirbt man einen Genossenschaftsanteil, der sich zusätzlich verzinst. Es gibt keine Kündigung wegen eines Eigenbedarfs. Auf geänderte Lebensverhältnisse wird flexibel reagiert, indem eine den geänderten Anforderungen passendere Wohnung gefunden wird. Bei Auszug wird der eingezahlte Betrag erstattet.

Ist das Genossenschaftswesen für sich betrachtet schon ein wertvoller Beitrag für die Gesellschaft, so geht nun die Saat auf, die als zartes Pflänzchen vor 40 Jahren mit Gründung der Grünen in Deutschland gesät wurde. Da das Haus selbst Strom für Heizung und Warmwasser produziert, liegt die Bruttomiete, also inklusive Heizung und Warmwasser,

bei 9,30 Euro/m<sup>2</sup> im Neubau. Die Miete wurde auch im Jahr 2019 nicht erhöht.

In diesem Modell erübrigt sich ein Blick in den Mietspiegel. Er ist von untergeordneter Bedeutung, weil die Wohnungsgenossenschaft keine jährlichen Gewinne für Aktionäre und Anteilseigner ausweisen muss. Erwirtschaftete Überschüsse fließen zurück. Wäre das Modell ein gangbarer Weg auch für die Burggemeinde, die ja händeringend nach einer Lösung für den Bau von Häusern sucht, die dann als „bezahlbarer Wohnraum“ vermietet werden sollen?

Blicken wir einmal voraus und vergegenwärtigen wir uns die Bevölkerungsentwicklung der Burggemeinde. Bis zum Jahr 2030, das ist nicht mehr soweit hin, ist in der Gruppe der jungen Familien- und Haushaltsgründer im Vergleich zum Referenzjahr 2008 ein Schrumpfungsprozess von 34,9 auf 24,4% zu erwarten. Die Zahl der Rentner, neudeutsch „Boomer“ genannt, wird dagegen anwachsen von 18,6% auf 32,4%. Boomer wollen am liebsten barrierefrei mitten

im Ort, dafür aber ganz ruhig wohnen. Vielleicht sehen wir im Jahr 2030 die Boomer auf Parkbänken sitzen, beschattet von einem mächtigen alten Baumbestand. Vielleicht werden sie sich leicht schmunzelnd davon erzählen, als hier noch Bäume gefällt wurden, um das Auslaufmodell Einfamilienhaus für junge Familien voranzubringen und Mieter und Vermieter Orientierungsschwierigkeiten hinsichtlich des Mietzinses hatten. Sie werden mit ihren altersgetrübbten Augen über die begrünten Dächer und Fassaden schauen und vor sich hin kichern ob so viel Kurzsichtigkeit derer, die noch so viele Jahre arbeiten müssen, um ihre Häuser, die schutzlos der sengenden Sonne ausgeliefert sind, abzubezahlen, obwohl diese gefühlt bereits die Hälfte ihres Werts verloren haben.

### Schöne Aussichten!



# GRÜN IST SCHÖNER ALS GRAU

Über die Schönheit von Kies- und Splittflächen lässt sich streiten. Doch dass sogenannte Schottergärten keine angemessenen Lebensräume für Pflanzen und Tiere bieten, sollte jedem Hausbesitzer klar sein. So sahen es auch die Ortsgrünen im Gemeinderat und stellten den Antrag, diese Art der Vorgartengestaltung zu unterbinden.

Oftmals hört man, solche Vorgärten wären pflegeleichter. Ein trügerisches Argument, denn nach einigen Jahren hat sich zwischen den Steinen so viel Humus gebildet, dass Löwenzahn, Schachtelhalm und Co. wieder fröhliche Urstände feiern. „Die Natur holt sich auch diese Flächen über kurz oder lang zurück!“ Davon ist das grüne Gemeinderatsmitglied Ulrich Siebert überzeugt. „Die Natur lässt sich nicht für immer aus Flächen heraushalten, außer es wird verbotenerweise Glyphosat gespritzt.“

Weiter weist Siebert darauf hin, dass sich solche Steinflächen bei Sonnenschein sehr stark erwärmen, ähnlich wie Sauna-

steine in der Sauna, die dafür sorgen, Hitze zu speichern und dann wieder abzugeben. Das Mikroklima um die Häuser ist mess- und fühlbar höher als bei begrünten Flächen.

Was vielleicht viele Mitbürger auch interessieren dürfte: Versiegelte Flächen rund ums Haus führen zu höheren Abwassergebühren, da Niederschlagswasser nicht so gut versickern kann und die Kanalisation belastet.

Im Bauausschuss folgte eine große Mehrheit diesen Argumenten und beschloss einen von der Verwaltung ausgearbeiteten Kompromiss. Danach werden Hausbesitzer in Neubaugebieten in Zukunft verpflichtet, mindestens ein Drittel der Vorgartenfläche von Platten oder Schotter freizuhalten.

Ziel der grünen Ratsfraktion wird es sein, die Regelung in den Gestaltungs-satzungen aller Bebauungspläne aufzunehmen, zum Vorteil von Pflanzen, Tieren und den Menschen.

# UNSER WASSER – NUR EIN STURM IM WASSERGLAS?

**Die Qualität des Trinkwassers in der Gemeinde Brügggen ist hervorragend - sagt die Gemeinde. Richtig ist, unser Trinkwasser bewegt sich in**

**dem vom Gesetzgeber vorgegebenen Normbereich. Also alles nur ein Sturm im Wasserglas?**

**Einige Bürger zumindest sind so besorgt, dass sie sich mit Eingaben nach § 24 Gemeindeordnung (GO.NRW) eingebracht haben. Zusätzlich soll eine Online-Unterschriftensammlung im Umlauf sein.**

## Zeit für einen Faktencheck.

Seit Jahrzehnten stieg der Nitratgehalt im Grundwasser in den Grenzregionen auf deutscher und niederländischer Seite drastisch an. Er hat sich auf hohem Niveau stabilisiert und sogar leicht verbessert. Beim Brügggener Trinkwasser wird es immer schwieriger, den erlaubten Grenzwert von 50mg/L einzuhalten. Die Folge ist, dass das Grundwasser dafür aus vier Tiefbrunnen, drei in Lüttelbracht und einer in der Happerler Heide, aus immer größeren Tiefen – zurzeit sind es ca. 60 m – zu immer höheren Kosten gefördert und gefiltert werden muss. Die Nitratverseuchung in den oberen Grundwasserstockwerken ist seit Jahren kontinuierlich steigend. Ende offen. Zum Vergleich wurde im Jahr 2002 anlässlich des 75jährigen Jubiläums der Wasserwerke des Kreises Viersen GmbH aus einem historischen Grundwasserbrunnen in Bracht eine Wasserprobe entnommen. Das Ergebnis verblüfft. Der Messwert für Nitrat im Grundwasser lag damals bei 11mg/L. Die Probe wurde aus ca. 8,5 m Tiefe geschöpft. Die anschließende Analyse zeigte: Dieses Wasser hätte man bezogen auf den Nitratgehalt problemlos trinken können! In diesem obersten Grundwasserstockwerk erreichten die Nitratwerte während der letzten 20 Jahre an zwei ausgewählten Messstellen in Kaldenkirchen und Amern Werte von 50 bis zu 200 mg/L Nitrat fürs Grundwasser (Quelle: 1. Nitratbericht, Endbericht der wissenschaftlichen Beraterfirma AHU AG GmbH, Aachen, für den Kreis Viersen, 2018, Seite 67).

Auch der Nickelwert im Brügggener Trinkwasser ist ins Gerede gekommen. In einer von den Gemeindewerken Brügggen veröffentlichten Analyse vom April 2019 „kratzte“ der Wert sogar den zulässigen Grenzwert von 0,02mg/L. Die Gemeinde hat gehandelt. Seit einiger Zeit ist ein Ionen-Tauscher bei den Gemeindewerken in Betrieb. Das Trinkwasser wird nun durch kostenintensive Nanotechnologie von zu viel Nickel „gereinigt“. Der Nickelwert hat sich seitdem auf 0,01mg/L halbiert.

Wem „verdanken“ wir denn nun die Misere? Als Verursacher gilt die industrielle Landwirtschaft mit ihren extremen Pflanzkulturen, der Einsatz von Kunstdünger und die Massentierhaltung mit steigendem Gülleaufkommen. Kurz das Agrobusiness. Um die Gülle und Gärreste auf die Felder zu bringen, reicht die Fläche in den betroffenen Gebieten nicht aus. Eine neue verschärfte Düngeverordnung muss bis Anfang April 2020 eine Mehrheit im Bundesrat finden. Sie soll EU Vorgaben umsetzen und für die Landwirte praktikabel sein.

## Ist die ökologische Landwirtschaft ein Ausweg?

Fragt man die Umweltverbände wird man zu hören bekommen, dass der ökologische Landbau nur ein, dafür aber sehr wichtiger Baustein zu einer nachhaltigen Trendwende ist. Eine Studie des Bundeslandwirtschaftsministeriums, die von dem regierungseigenen Thünen Institut im Januar 2019 durchgeführt wurde, kommt zu dem Ergebnis, dass durch die Biolandwirtschaft die Stoffeinträge an Nitrat um 28% vermindert würden. Die Studie hat über 500 Einzelmerkmale zur ökologischen Landwirtschaft ausgewertet. Das Ergebnis lässt aufhorchen! „...Inzwischen sind regionale Wasserezeuger dazu übergegangen, ökologisch arbeitende Betriebe in ihren Wassereinzugsgebieten zu fördern...“, so die rheinland-pfälzische Umweltministerin Ulrike Höfken (Bündnis 90/Die Grünen) im Oktober 2019 vor dem Bundesrat. Ein Verzicht auf Massentierhaltung und weniger Agrobusiness könnte also ein Ausweg sein. Die herkömmliche Landwirtschaft

galt bislang als der Grundwasserversechmutter Nr. 1 mit dem krebserregenden Nitrat. In ihren riesigen Treckerdemos im letzten Dezember und erneut im Januar in Berlin verwehrt sich nun Landwirte aus ganz Deutschland dagegen, die Buhmänner der Nation zu sein und rückten die Handelsriesen des Lebensmittelhandels in den Fokus der Öffentlichkeit. Die vier größten Supermarktketten beherrschen 85% des Lebensmittelhandels und diktieren den Landwirten seit Jahren die Preise. Seit Jahrzehnten heißt es für die Bauern: Wachsen oder weichen, industrielle Massenproduktion, um zu überleben. Handel, Konsument, Landwirt, Tierwohl und Naturschutz können nicht gleichzeitig gewinnen.

Grüne Politik garantiert auf allen Ebenen eine Veränderung der politischen Rahmenbedingungen und Regularien, die auch die wachsende Gruppe der Menschen in Deutschland einbezieht, die unterhalb der Armutsgrenze leben und sich keine teuren Biolebensmittel leisten können.

Die Verseuchung unseres Grundwassers und die immer aufwendigere und damit einhergehende kostenintensive Gewinnung von hochwertigem Trinkwasser ist nicht nur ein Problem unserer Gemeinde. Es ist ein weltweit ansteigendes Umweltproblem, das seit Jahrzehnten die Regierungen und Institutionen beschäftigt. Leider bisher mit mäßigem Erfolg. Nachhaltigkeit heißt, an die Enkel denken!

Das Thema sauberes Trink- und auch Brauchwasser, welches noch zum Gießen und zur Befüllung von Schwimmbädern verwendet werden kann, ohne gesundheitliche Schäden hervorzurufen, treibt uns Brügggener Grüne seit vielen Jahren über die Ratsperioden hinaus um. Dass die Bundesregierung nun ihren Entwurf zu einer Novellierung der Düngeverordnung nachbessern muss, weil er der EU Kommission nicht weit genug ging, war nur die logische Folge. Bis April 2020 soll die verschärfte Novellierung durch Brüssel genehmigt sein, um Strafzahlungen abzuwenden. Trinkwasser in sehr guter Qualität wird immer teurer und schlussendlich werden wir, die Allgemeinheit, allesamt den Preis mit immer höheren Wasserabgabepreisen zu zahlen haben!

Was es aber besonders schlimm macht und uns zusätzliche Anstrengungen abverlangen wird: Grundwasservorräte sind nicht unbegrenzt verfügbar!



FOTO: ADOBE STOCK

FOTO: ADOBE STOCK



**1991** 1. Nitratrichtlinie der damaligen EWG

**1996** Deutschland passt diese mit der 1. Düngerverordnung an nationales Recht an

**2017** letzte Neufassung der Düngerverordnung, Wirtschaftsdünger werden limitiert

**2017** Die niederländische Provinz Nordbrabant zahlt Schweinehaltern finanzielle Entschädigung, wenn sie ihre Ställe abreißen, das Programm wurde bis Ende des Jahres

**2019** verlängert, das Regionalparlament will den Tierbestand senken, um die Umweltprobleme in den Griff zu bekommen, bisher haben 275 Landwirte diese Möglichkeit des Ausstiegs aus der Massentierhaltung genutzt.

**2018 August:** Die vom Kreis Viersen beauftragte erste Nitratstudie für den Kreis liegt im Endbericht vor. Die beauftragten Wissenschaftler der Aachener Firma AHU schlagen drastische Maßnahmen vor und bemängeln das bisherige Procedere. Das Freiwilligkeitsprinzip für Kooperationen zwischen Wasserversorgungsunternehmen, Landwirtschaftskammer und Landwirten wird kritisch betrachtet. Die AHU empfiehlt eine Verbindlichkeit und Überwachung der Kooperationsziele durch behördliche Regelungen. Sie bemängelt den Datenaustausch zwischen Wasserversorgungsunternehmen und der Landwirtschaftskammer. Eine wichtige Maßnahme sei die umfassende fortlaufende Information der Bevölkerung durch alle Medien, Flyer, Veranstaltungen etc., um die Prozesse im Untergrund sichtbar und verständlich zu machen. Besonders betroffen sind die westlichen Kommunen im Kreis, also Brügggen und Nettetal.

**2018 Dezember:** Der Viersener Kreistag beschließt den von der Kreisverwaltung vorgelegten 5-Punkte-Plan zur Reduzierung der Nitratbelastung des Grundwassers im Kreis einstimmig bei einer Enthaltung. Der Adressat ist die Landesregierung NRW, das Umweltministerium.

**2019 Juli:** Die Umweltministerin Ursula Heinen-Esser (CDU) hält den 5-Punkte-Plan in 4 Punkten für nicht zielführend. Der Plan des Kreises Viersen ist somit gescheitert. Vorrangig setzt die Ministerin auf weitere Freiwilligkeit der Beteiligten.

**2019 Ende des Jahres:** Landrat Dr. Coenen (CDU) kündigt eine Projektstudie für den Kreis Viersen an, Ziel sei es, in den Gebieten mit verunreinigtem Grundwasserkörper eine Wasserschutzzone zu entwickeln.

**20.11.2019** Die Deutsche Umwelthilfe und BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland) reichen Klage gegen die Regierungen von Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen beim Oberverwaltungsgericht Lüneburg ein. Grund ist die zu hohe Nitratbelastung im Grundwasser. Als Hauptgründe werden Überdüngung und intensive Tierhaltung genannt.



## INTERESSANT – NEUGESTALTUNG KREUZHERRENPLATZ

### MIT ALLER MACHT DURCH AUSSCHUSS GEWUNKEN!



Nägel mit Köpfen machen wollen oder einfach die Macht ausspielen? So unklar wurden die Ausschussmitglieder im Ausschuss für Bauen und Klimaschutz am 11.02.2020 von der CDU zurückgelassen. Die Umgestaltung des Kreuzherrenplatzes ist schon lange ein Thema und die Entscheidungen liegen in den letzten Zügen. Im Ausschuss wurden von der Verwaltung weitere Informationen unter anderem zur Finanzierung geliefert und der Beschlussvorschlag lautete, dass die Fraktionen über die weitere Vorgehensweise bis zum 15.03.2020 beraten sollen. Dazu kommt es nun nicht mehr. Die

Mehrheit der CDU im Ausschuss reichte, um den Beschlussvorschlag zu kippen und gleich zu entscheiden. Schön, die Gemeinde hat jetzt eine Entscheidung, die der Rat auch mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit so bestätigen wird. **Nur schade, dass die anderen Fraktionen sich am Entscheidungsprozess nicht beteiligen konnten, obwohl laut Aussage der Verwaltung ein späterer Entscheidungstermin an der Durchführung nichts Wesentliches geändert hätte.**

## ENTSIEGELUNG

Im letzten Grünen Blatt berichteten wir über den Vorschlag des Rats Herrn Ulrich Siebert, einen nutzlos gewordenen Bürgersteig in Hülst zurück zu bauen. Leider ergaben Berechnungen im Bauamt der Gemeinde, dass diese Maßnahme zum Nutzen der Natur über 40.000 Euro kosten würde. Ein Grund für die unerwartet hohen Kosten ist das Heranführen von Baumaschinen für die Entsiegelungsarbeiten. Aus diesem Grund wurde die

Maßnahme zunächst zurückgestellt. Das Bauamt hat aber zugesagt, den Rückbau neu zu bewerten, wenn weitere Baumaßnahmen im dortigen Bereich anstehen werden.

**Sind Ihnen auch geteerte Flächen aufgefallen, die nutzlos geworden sind? Dann wenden Sie sich an die Fraktion der Grünen im Rat. Schreiben Sie eine Email an [info@gruenebrueggen.de](mailto:info@gruenebrueggen.de). Wir kümmern uns!**



Abb. nur Beispiel

## PROJEKT MIKRO- HÄUSER



Die Gemeinde Brüggen plant ein Baugebiet mit Mikrohäusern in Born. Mikrohäuser sind kleine, nicht mobile Gebäude, die im vollen Umfang der Bauordnung genügen müssen. Ein Projekt, das helfen soll, die viel beschworene Wohnungsnot in der Burggemeinde zu lindern. Ob es dieses Ziel erreichen kann, bleibt abzuwarten. Am Ende könnte es nur ein Prestigeobjekt sein.

Die Vorteile von Mikrohäuser sind die geringeren Baukosten, obwohl jedes Haus u. a. eine eigene Statik, einen eigenen Architekten und einen eigenen Bauantrag benötigt. Am Ende wohnt man in seinem eigenen „kleinen“ Haus mit Terrasse und kleinem Garten.

Doch ein Mikrohaus hat auch seine Nachteile. Je kleiner der Baukörper, umso größer ist die Oberfläche. Erhöhte Heizkosten sind die Folge. Wenn kein zentrales Blockheizkraftwerk geplant ist, braucht jedes Gebäude eine eigene Heizungsanlage. Abstandsflächen sind ebenfalls einzuhalten. Das bedeutet einen großen Flächenverbrauch. Stellplätze, Garagen und Gartenhäuser noch nicht eingeplant. Platz für schattenspendende Großbäume würden sicherlich in der heutigen Zeit wichtig sein, doch wären sie Teil der Planung?

Eine Gemeinde, für die Wohnraumverdichtung ein Thema ist, sollte sich Gedanken darüber machen, wie Wohnprojekte der Zukunft aussehen können, in denen Menschen miteinander wohnen, ohne dabei Flächen im größeren Maß zu „verbrauchen“. Wenn in erster Linie der Profit im Vordergrund steht, ist der Umwelt und dem größeren Ziel einer nachhaltigen Bauwirtschaft wenig geholfen. Die Aussage, die Häuser werden nach 15 Jahren abgebaut und recycelt, ist nur dann ernsthaft zu betrachten, wenn das Gesamtkonzept passt und alle Faktoren berücksichtigt werden. Nur weil Mikrohäuser in aller Munde ist, muss das nicht gleichzeitig bedeuten, dass dessen Baukonzepte den heutigen und zukünftigen

### PROJEKT MIKROHÄUSER

Anforderungen gerecht werden. Moderne Wohnraumkonzepte beinhalten einen großen Wohnkörper, der auf zwei oder drei Etagen mehrere Wohneinheiten bietet. Tiefgaragen können dem Parkplatzmangel sinnvoller entgegenreten, als ein direkter Abstellplatz vor der Türe. Sinnvoll sind Abstellmöglichkeiten für Fahrräder, Ladesäulen und Sitzgelegenheiten mit entsprechenden Grünflächen, die auch Tieren und Insekten Raum zum Leben geben. Auch der gute Anschluss an den ÖPNV ist wichtig. Mehrgenerationenhäuser mit unterschiedlichen Angeboten an den Lebenssituationen können das Nachbarschaftsleben verbessern und sozialer Einsamkeit entgegenwirken. Die Alternative zu Mikrohäusern sind Tiny-House Siedlung, Minihäuser, mobile Großwohnmwagen oder umgebaute Container. Der ökologische Nachteil ist insbesondere bei der Beheizung von kleinen Häusern groß. Diesem gilt es mit modernen Techniken zu begegnen. Nachhaltiges Bauen, der Einsatz von modernen Baustoffen und Materialien, die nach Ende der Nutzung wieder getrennt und in den Wertstoffkreislauf eingebracht werden können, helfen den ökologischen Fußabdruck eines Mikro- oder Tiny Haus auszugleichen bzw. zu verringern. Wenn dann nach 10 – 15 Jahren festgestellt wird, dass die Häuser nicht mehr gebraucht werden, kann man auch die Flächen der Natur zurückgeben. Ein wichtiger Beitrag zu dem leider noch immer steigenden Flächenverbrauch.

**Neuartige Wohnraumkonzepte brauchen Mut zu Veränderung. Wir Grünen Brüggen würden uns mehr Mut seitens der Verwaltung wünschen, in dieses Thema zu investieren. Lieber heute als morgen damit starten!**



## „WEIBLICHE ANGE- STELLTE“ PLÖTZLICH IM BLICK

In dieser schwierigen Zeit der Corona-Epidemie wird in der Öffentlichkeit viel über die wertvolle Arbeit von weiblichen Angestellten im Verkauf sowie im Gesundheitswesen gesprochen. Diese überwiegend weiblichen Angestellten (in Krankenhäuser, Arztpraxen, Dienstleistungsbereich, im Verkauf u.v.m.) hat nun auch die Politik im Blick. Diese Berufe werden vorwiegend von Frauen ausgeübt.

Jedoch sind ihre Gehälter recht gering. Vergleicht man das Gehalt von Männern zu Frauen und diese in der Wertigkeit des Berufs gegenüberstellt, so ist das Verhältnis zwei zu drei. Quelle: Frautv. April 2020

Damit ist nicht die Diskussion gemeint, daß Frauen für die gleiche Arbeit weniger Gehalt bekommen als Männer, sondern die Wertigkeit der von ihnen ausgeübte Berufe.

Das bedeutet, dass die Arbeit von zwei Männern mit dem gleichen Satz entlohnt wird, wie die Arbeit von drei Frauen.

Wichtig ist, nicht nur jetzt all den Frauen eine Anerkennung für ihre täglich geleistete Arbeit auszusprechen, sondern ein grundsätzliches Umdenken der Gehaltsleistungen von Frauen zu Männern. Schaut man auf die Wertigkeit dieser



GRAFIK: ADOBE STOCK

meist weibliche Berufe, so haben diese meistens eine erhebliche Kürzung des Personalschlüssels erfahren. Das führt zu einer enormen Belastung im Arbeitsalltag. Im medizinischen Bereich wurden die Stellen erheblich heruntergefahren, der Einsatz medizinischer Geräte jedoch erhöht.

In unsere Gesellschaft und Wirtschaft ist das Arbeiten mit Maschinen, Bautätigkeiten, der Umgang mit Zahlen, gleichfalls das Arbeiten mit technischen Geräten recht hoch angesehen und besser bezahlt als vergleichbare Berufe, die Frauen ausüben. So verdient eine ausgebildete Krankenschwester im Vergleich zu einem ausgebildeten Techniker oder Ingenieur bis zu 40% weniger.

In den Berufen, die Frauen ausüben wird Hilfsbereitschaft und Empathie erwartet, dass bei der Bezahlung nicht zur Geltung kommt. Gemeinhin wird behauptet, dass diese Eigenschaften Frauen sowieso innewohnt, sozusagen im Blut. Das bedeutet gleichzeitig, dass in der Öffentlichkeit in der Regel von einer Freiwilligkeit der Frauen ausgegangen wird, anderen Menschen helfen zu wollen. Das ist in vielerlei Hinsicht diskriminierend.

Gerade jetzt ist nochmal eine andere Blickrichtung wichtig! Geringeres Gehalt wirkt sich unmittelbar auf die Höhe der späteren Rente der Frauen aus. Ein Grund dafür, dass von Altersarmut meist Frauen betroffen sind.

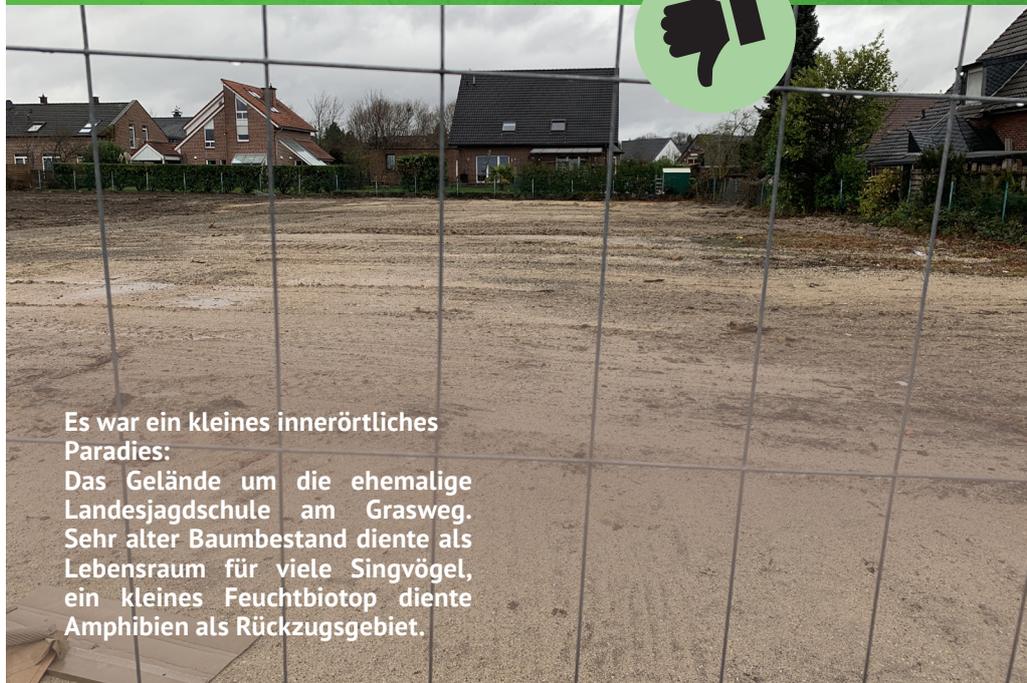
Das Gesetz schreibt gleichen Lohn für gleiche Arbeit vor. Wie aber welche Arbeit bewertet wird, das bleibt offen.

Es braucht eine neue Bewertung eben dieser Berufe, der der Pfleger\*in, Erzieher\*in, Verkäufer\*in.

Hier ist eine Diskussion **der Gesellschaft notwendig!**



## KAHLSCHLAG AM GRASWEG



Es war ein kleines innerörtliches Paradies:

Das Gelände um die ehemalige Landesjagdschule am Grasweg. Sehr alter Baumbestand diente als Lebensraum für viele Singvögel, ein kleines Feuchtbiotop diente Amphibien als Rückzugsgebiet.

Die Schule wurde abgerissen Der Landesjagdverband hatte die Nutzung aufgegeben und seit 2015 waren die Gebäude Heimstatt für Asylbewerber. Nach deren Auszug war eine Folgenutzung nicht mehr möglich. Die Gebäude, in die Jahre gekommen, waren stark sanierungsbedürftig. Stattdessen plante die Gemeinde auf dem Gelände ein kleines Baugebiet.

Die Bündnisgrünen waren mit dieser Planung grundsätzlich einverstanden. Allerdings, so die Bedingung, sollten einige der großen Bäume erhalten bleiben. Ein Baumgutachter wurde beauftragt, zu prüfen, welche Bäume auf dem Gelände stehen bleiben könnten. Sein Prüfergebnis ergab, dass eine Anzahl von Bäumen trotz Baumaßnahmen erhalten bleiben sollten. Tatsächlich steht heute kein einziger Baum mehr auf dem Gelände! Für die

Bündnisgrünen, die frühzeitig auf den Erhalt von Bäumen drangen, stellen sich folgende Fragen:

**Warum wurde überhaupt ein Baumgutachter bestellt, der sein gutes Geld verdient hat, wenn ohnehin beabsichtigt war, alle Bäume zu fällen?**

**Warum wurde nicht versucht, einzelne Bäume zu erhalten?**

**Warum wurden Bauherren nicht gefragt, ob sie einen Baum auf ihrem Grundstück stehen lassen wollten?**

Erneut wurde in unserer Gemeinde rücksichtslos alter Baumbestand unwiederbringlich vernichtet und ein kleines Paradies im Zentrum von Brüggen zerstört, nur weil es der Gemeinde offensichtlich wichtiger ist, einen hohen Preis für ihre Grundstücke zu erzielen, als der Natur Raum zu geben.

Ein Antrag der Grünen zur Ausrufung des Klimanotstands wurde im Klimaausschuss und Rat der Gemeinde Brügglen beraten. Während die Mehrheit der Gemeinderatsmitglieder der Meinung war, dass bereits viel für den Klimaschutz getan wurde, schlugen die Bündnisgrünen vor, wegen der Dringlichkeit der Aufgaben den Climate Emergency, also den Klimanotfall auszurufen. Es ist sehr bedauerlich, dass sich die Grünen mit dem Vorschlag nicht durchsetzen konnten.

Immerhin sagte Bürgermeister Gellen zu, dass in Zukunft Ratsentscheidungen im Sinne des Klimaschutzes getroffen werden sollen, auch wenn sie teurer als Alternativvorschläge sein sollten.

**Das Grüne Blatt druckt nachfolgend die Rede des Ratsmitglieds Ulrich Siebert ab, die im Klimaausschuss von ihm vorgetragen wurde:**

„Mein Dank geht erst einmal an das Bauamt, und insbesondere an Frau Kirsch, die sich mit der Vorlage sehr viel Mühe gemacht haben.

Die Vorlage zeigt die Ernsthaftigkeit, mit der das Thema in der Gemeinde angegangen wird.

Um es vorweg zu sagen: Wir als grüne Fraktion können dem Beschlussvorschlag der Verwaltung weitestgehend zustimmen, hat er doch die Anregungen unseres Antrags aufgenommen.

Allerdings besteht in einem wichtigen Punkt Uneinigkeit. Wir fordern noch einmal ausdrücklich den Klimanotstand auszurufen.

Ich komme später auf den Begriff „Notstand“ noch einmal zurück.

Der Zustand des Weltklimas ist sehr besorgniserregend. Die Erde brennt, im übertragenen und wörtlichen Sinne. Aktuell brennt es in Kalifornien, im Sommer brannte es im Mittelmeergebiet. Wir erinnern uns an die Brände in Sibirien, Brasilien oder solche in Fernost.

Es gab und gibt Dürren im südlichen Afrika, von Starkregenereignissen waren letzte Woche die Balearen betroffen.

Das Eis der Pole schmilzt, wird dünner und dünner. Wer wie ich in den Alpen wandert, sieht Gletscher, die sich in unglaublicher Geschwindigkeit zurückziehen.

Auch in Brügglen spüren wir den Klimawandel!

Die trockenen Sommer haben zu großer Dürre geführt. Fichtenbestände sind abgestorben, Bauern können ihre Ernte nur retten, wenn sie Tag und Nacht Wasser spritzen. Die Feuerwehr ist im ständigen Alarmmodus, der Bauhof im Dauereinsatz, um zu retten, was zu retten ist. Ein Nachbar im Hustenfeld kann kein Brunnenwasser mehr fördern, zum ersten

Welche konkreten Maßnahmen können wir uns vorstellen:

**Klimaneutrale Energieversorgung bei Neubauten wie dem Feuerwehrgerätehaus,**

**Umsetzung des Prinzips C2C, also Cradle to cradle,**

**Pedelecs für Gemeindemitarbeiter, Fahrradstellplätze mit Überdachung,**

**besser sogar angelegt als Fahrradgarage wie am Boisheimer Bahnhof,**

**Baumpflanzaktionen wie in Viersen, heute in der RP vorgestellt,**

**Dachbegrünungen,**

**Verbesserter ÖPNV (Busverbindung nach Boisheim, Erhöhung der Taktung) und damit Verdopplung der Fahrgastzahlen,**

**Vermeidung von Schottergärten in allen Bereichen Brüggens, nicht nur in den Neubaugebieten.**

Trotz der Aktivitätsliste von Rat und Gemeinde können und sollten wir uns also nicht zurücklehnen.

Ich will zum Abschluss noch einmal auf den Begriff „Klimanotstand“ zurückkommen.

Der Begriff „Klimanotstand“ ist tatsächlich unglücklich, weil falsch übersetzt.

Im englischsprachigen Raum heißt Klimanotstand „climate emergency“. Im Wörterbuch wird der Begriff emergency mit Notfall, Notlage übersetzt, und nicht mit Notstand. Wahrscheinlich stimmte deshalb der österreichische Nationalrat explizit für den „climate emergency“ und nicht den Klimanotstand.

Wir waren alle beeindruckt, dass in unserer kleinen Gemeinde Brügglen 250 Personen auf die Straße gegangen sind, um zu zeigen, dass das Klima auf der Welt in Gefahr ist. Wir als Rat und Verwaltung wollen diese jungen engagierten Menschen einladen, wollen uns ihre Vorschläge anhören. Aber eins sollten wir auf keinen Fall, sie enttäuschen. Vom hier und heute sollte die Botschaft ausgehen: Wir in der Gemeinde Brügglen haben verstanden.

Und deshalb bitten wir den Rat, den climate emergency auszurufen.

**KLIMANOTSTAND**  
**JA ODER NEIN?**

Mal seit 40 Jahren. Pflanzen im Brachter Wald, die auf der Roten Liste stehen - namentlich das Sumpf Johanniskraut - vertrocknen und verschwinden. Nur mit viel Glück sind wir vom letztjährigen Tornado, der über Boisheim wütete, verschont geblieben. Das sind mehr als nur Alarmzeichen! All das zeigt uns, dass wir es mit einer veritablen Notsituation zu tun haben. Viele Menschen haben das erkannt, nicht nur die SchülerInnen von „fridays for f future“. Ganze Staaten haben deshalb die climate emergency ausgerufen: Großbritannien, Irland, Frankreich, Kanada, Australien, und Katalonien.

In Deutschland sind es dutzendfach Städte und Kommunen, die sich dem Gedanken angeschlossen haben. Aber auch Organisationen sind dem Ruf gefolgt, so der Bund deutscher Forstleute, ebenso der Forstminister von Baden-Württemberg, Peter Hauk von der CDU. Ja, der Begriff Klimanotstand ist kein Kampfbegriff der Grünen. Alle Parteien außer der AfD haben erkannt, dass es so nicht weitergehen kann und darf.

Schaut man bei Wikipedia unter dem Begriff „Klimanotstand“ nach, so findet man folgende Erklärung: Durch die Ausrufung des Klimanotstands sollen Maßnahmen ergriffen werden, die über den jetzigen Stand hinausgehen. Weiter heißt es: Durch den Begriff „Notstand“ wird diesen Maßnahmen höchste Priorität zugeschrieben.

# ACH DU DICKE EICHE!

Es hätte nicht viel gefehlt und die dicke Eiche an der Ecke Borner Straße / Vennmühlenweg wäre wegen der Umgestaltung der Borner Straße gefällt worden.

Soweit wird es zum Glück nicht kommen. Das beauftragte Planungsbüro nahm einen Vorschlag der Grünen auf und verlegte die Fahrbahn und den Fußweg so, dass der 150 Jahre alte Baum vor der Kettensäge gerettet werden konnte. Der notwendige Grunderwerb wurde durch die Gemeindeverwaltung bereits realisiert.



## WAHLKAMPF-VORBEREITUNG KANN AUCH ENTSPANNUNG SEIN :)



Foto: Bündnis 90/Die Grünen Brüggen, aufgenommen vor der Corona-Krise.

**G**ingen Sie bisher davon aus, dass Kommunalwahlkampf nur so funktioniert, dass sich alte Männer mit grauen Bärten und strenger Miene im Zigaretendampf und Bierdunst bei Stammtischatmosphäre gegenseitig die Stimmbänder ruinieren? Falsch! Ganz falsch! Auf

dem Bild sehen Sie unser Wahlkampfteam, verstärkt um Anna, die der Arbeitsgemeinschaft „Medien“ (AG Medien) angehört in völlig entspannter Runde. So eben haben wir über Wahlkampfaktionen gesprochen, Wahlslogans ausprobiert und dabei herzlich gelacht, weil wir

uns dabei die Wirkung auf Wählerschaft und politischen Gegner lebhaft vorstellten.

*Wenn auch Sie Spaß daran finden, in unverkrampfter Runde Politik mit Gleichgesinnten gestalten zu wollen, rufen Sie uns an, schreiben Sie uns, oder schauen Sie doch am besten bei uns herein.*

Unsere Ratsfraktion tagt in aller Regel montags ab 19:00h im Kleinen Sitzungssaal im Rathaus. Doch erst nach der Corona Krise wieder. Unsere Sitzungen sind öffentlich. Jeder darf zuhören, mitdiskutieren und uns unverblümt seine Meinung sagen. Und wenn Sie jetzt sagen, würde ich ja gerne, finde die Grünen auch klasse, habe aber leider keine Zeit – macht nichts. Wir haben auch ein Konto bei der Volksbank Krefeld (IBAN: DE85 3206 0362 1116 7260 13) und freuen uns über jede Geldspende. Für eine Spendenquittung, die Sie dem Finanzamt im Rahmen Ihrer Steuererklärung vorlegen können, benötigen wir auf dem Überweisungsträger nur Ihren vollständigen Namen und Ihre Adresse mit dem Stichwort „Spende“. Wir freuen uns über jeden Betrag, der uns zusätzlich hilft, einen noch werthaltigeren Wahlkampf führen zu können.

# LAUBKÖRBE

Sie stehen in der Gemeinde an verschiedenen Stellen: Container, in die die Anwohner von Straßen mit großen Laubbäumen im Herbst Blätter entsorgen können. Damit kommt die Gemeindeverwaltung einem langgehegten Wunsch der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nach, die bereits im Jahr 2013 vorgeschlagen hatte, Laubsammelgefäße im Gemeindegebiet aufzustellen.

Die Fraktion begrüßt ausdrücklich, dass man diesem Vorschlag jetzt endlich gefolgt ist.

An die Anwohner geht der Appell, die Container nicht für sonstigen Abfall zu missbrauchen.

Sollte sich das Konzept bewähren, müssten allerdings die aufgestellten Abraumcontainer durch große Gitterkörbe wie in den Niederlanden üblich ersetzt werden.



# HEIMATRÄTSEL 50 JAHRE GEMEINDE BRÜGGEN

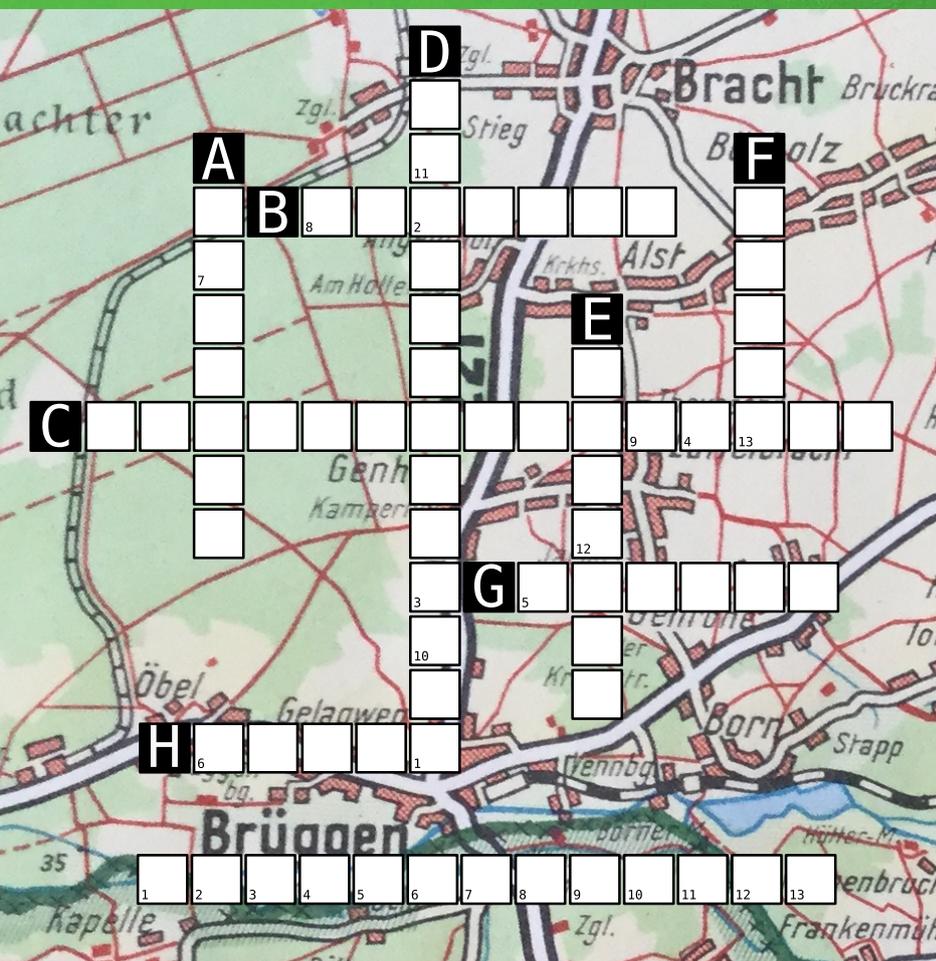
Seit dem 1. Januar 1970 sind Bracht und Brüggens eine Gemeinde. Damals sah die Landkarte noch ganz anders aus. Rings um die heutige Burggemeinde reihten sich hüben und drüben der ehemaligen Grenze gleich acht selbständige Gemeinden. Die Bilder zeigen markante Gebäude als Vertreter ihrer Gemeinden.

**Gesucht sind die Namen der jeweiligen Gemeinden, die Sie in das Rätselraster eintragen.**

Aus den durchnummerierten Buchstaben ergibt sich unser gesuchtes Lösungswort.

Das Lösungswort senden Sie per E-Mail an [t.oberbeck@gruenebrueggen.de](mailto:t.oberbeck@gruenebrueggen.de) oder per Postkarte an Grüne Brüggens c/o Thomas Overbeck, Wevelinghofer Str. 58, 41334 Nettetal.

**Wer gewinnt, darf sich auf ein Medium-Frühstück für zwei Personen im Brachter Café Bürgermeister=Amt freuen.**



Teilnehmen dürfen alle, die weder der Redaktion des Grünen Blattes noch dem Vorstand von Bündnis 90/Die Grünen Ortsverband Brüggens angehören. Der Rechtsweg ist wie immer ausgeschlossen. Anspruch auf Auszahlung des Gewinns besteht nicht. Bei mehreren richtigen Einsendungen, entscheidet das Los. Die Gewinnerin/ der Gewinner wird schriftlich benachrichtigt. Datenschutz: Alle Daten der Teilnehmer/innen, die nicht gewonnen haben, werden nach der Ermittlung der Gewinnerin/des Gewinners gelöscht und nicht anderweitig verwendet. **Einsendeschluss: 14. Juni 2020.**